

Entente usw. Ist vor allem aber gestützt durch die französische Armee, durch die schwarzen und gelben Soldaten am Rhein.

Der endgültige Besitz, die endgültige Befestigung des Rheins- und Ruhrgebietes würde Frankreich die militärische und wirtschaftliche Herrschaft über Europa sichern. Es überläßt sich, auf das Schicksal des deutschen Volkes hinzuweisen. Mindestens 20 Millionen werden zu Tode. Dessen müssen wir uns in diesen Tagen der Entscheidung bewußt sein. Wir kämpfen einen Kampf um Leben und Tod.

Die deutschen Vertreter vor der Reparationskommission.

Paris, 9. Januar. Zu der Reparationskommission kam am Montag in der Kohlenlieferungsfrage der deutsche Vertreter, Staatssekretär Fischer, Präsident der Kriegsschadenskommission, zu Worte. Fischer legte dar, daß es sich bei den Beschwerden der Reparationskommission bei den angebliebenen Lieferungsverweigerungen nur um verhältnismäßig geringe Mengen handele. Deutschland habe an Kohle 1.800.000 Tonnen, an Eisen 1.800.000 Tonnen, an Kupfer 1.800.000 Tonnen monatlich für 1920/21 geliefert. Die Reparationskommission pro Monat 1.960.000 Tonnen und überdies 125.000 Tonnen obererleihe Kohle forderte. Nach Fischer kam, Herr Wallinrath, Vertreter der Reichskohlenkommission, zu Worte. Daran wurde die Sitzung abgebrochen, da der Chef des deutschen Stabes, Hauptmann Mühlstein, nach nicht in Paris eingetroffen war. Der Stab wird in der am Dienstag Vormittag beginnenden Sitzung das Wort ergreifen. Die heutige Sitzung wird nach wie vor die Entscheidung der Reparationskommission über die von Frankreich geforderte Befestigung der abfälligen Verlehnungen nach im Laufe des heutigen Tages gefüllt werden.

Die deutsche Antwort auf die „abfällige Verlehnung“.

Berlin, 9. Januar. Die französische Presse veröffentlichte eine Deutsche Antwort auf die Verlehnung der deutschen Sachlieferungen, die den Nachweis erbringen sollte, daß Deutschland bei der Lieferung von Kohle, Holz, Plastersteinen, Schotter und Sticllof und in der Beschaffung der für die Truppen des Reiches benötigten abfälligen Verlehnungen habe aufhören können lassen. Den Behauptungen ist bezüglich der Kohlenlieferungen bereits in einer ausführlichen Veröffentlichung entgegengetreten worden. Auch bezüglich der übrigen Sachlieferungen wird jetzt von deutscher Seite durch detaillierte Darstellungen des Sachverhalts der Nachweis erbracht, daß die französische Verlehnung in jedem Fall eine abfällige Verlehnung Deutschlands hinsichtlich der Kohlenlieferungen ist. Die deutsche Antwort kommt zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

Es wird angegeben, daß die deutsche Regierung, die ihr seitens der Reparationskommission auferlegten Verpflichtungen auf den Gebieten der Holz-, Kohlen- und Plastersteinlieferungen nicht in vollem Umfang erfüllt hat, trotzdem die sämtlichen erforderten Quantitäten von Anfang an den besten Willen gehabt und ihn auch in allen Stadien der Durchführung immer wieder an den Tag gelegt haben, die Lieferungen bis zur Grenze des Möglichen auszuführen, auch wenn dadurch der deutschen Wirtschaft unersetzlich erscheinende Kosten aufzubringen wurden. Das teilweise Verlegen der Quantitäten ist darauf zurückzuführen, daß diese Lieferungen von vornherein die Zeitungsfrist der deutschen Wirtschaft weit überzogen, weil die deutsche Regierung es sich nicht leisten konnte, die Lieferungen bis zum 30. 9. 1920 zu liefern. Die Forderung wurde auf 50 Millionen Tsd. Die Forderung wurde auf Grund eigener Erkenntnis der Reparationskommission von einer Liefermenge von 16.000 Tonnen monatlich auf 7500 Tonnen ab 1. August 22 herabgesetzt. Die geleistete monatliche Durchschnittsmenge betrug etwa 7000 Tonnen, die Strecke, Transportmöglichkeiten und andere nicht von der deutschen Regierung zu vertretende Umstände und nicht zum wenigsten vertraglich festzulegende französische Dienststellen die Lieferungen gehemmt haben. Von einem Verstoß oder gar einer abfälligen Verlehnung der deutschen Regierung kann hiernach nicht im entferntesten die Rede sein. Bei den Sachlieferungen und dem in der Truppenfrage handelt es sich um Verhandlungen, bei denen die deutsche Regierung vollkommen korrekt verfahren ist. Eine Verlehnung gegen Bestimmungen des Friedensvertrages kann unzulänglicher in Frage kommen, als eine Nichtbeachtung der Bestimmungen über die Kohlenlieferungen überhaupt nicht vorlag. Das Stimmensüberabstimmung, dessen angebl. Nichtbeachtung der deutschen Regierung zur Last gelegt wird, ist ein reiner Privatvertrag, dessen Ausführung allein den beiden Vertragspartnern überlassen und bestimmt durch die Bestimmungen der deutschen Regierung entzogen ist. Im übrigen hat dieses Abkommen bisher nicht verletzt, sondern die praktischen Ergebnisse erzielt, die bis hierher in dem kurzen Zeitraum seiner Geltung erwarten liegen. Daß man es im Rahmen der Verlehnung zur Festhaltung eines Bestandes der deutschen Regierung mit heranzieht, ist nur ein Beweis dafür, wie wenig tatsächliches Material der französischen Regierung für ihre Behauptungen zur Verfügung steht.

Beworfsende neue Erklärungen Amerikas.

Paris, 9. Januar. Die Londoner Mitteilungen, daß die Amerikaner den Rhein verlassen würden, wenn die Deutschen den Marsch in das Ruhrgebiet beginnen, ist dementsprechend. Dagegen werden „Echo de Paris“ und andere deutsche Zeitungen über ein Abkommen in Washington berichtet wurde und in wenigen Tagen veröffentlicht werden soll. Die Regierung der Vereinigten Staaten will angeblich noch einmal die Grundfrage für die wirtschaftliche Rettung Europas aussein überdenken. Von einer Ablehnung der Chicagoer Konferenz und Ablehnung wird der Senat, um dem Präsidenten in der Angelegenheit der Abkommen die Hände zu binden, eine Zustimmung in das Heeresbudget einbringen, wonach die Verwendung von Regierungsgeldern zur Aufrechterhaltung amerikanischer Truppen im Rheinland verboten werden soll. Die französische Aktion wird vermutlich nicht mehr aufhalten werden durch das Bekanntwerden neuer amerikanischer Pläne.

Nach Washingtoner Meldungen will die Regierung der Vereinigten Staaten überlegen, in der ihre Grundzüge aber die Reparationsfrage für vornehmlich gebildet werden: 1. Revision der Reparationsfrage von praktischen Gesichtspunkten aus. 2. Möglichst baldige Zahlung der Reparationen in bar an die Alliierten mit Hilfe einer in England zu errichtenden Bank, deren Voraussetzung, daß die Gesamtsumme der Reparationen

tionen verringert wird. 3. Verringerung der Landesfreikräfte Frankreichs.

Unter den angegebenen Bedingungen wollen die Vereinigten Staaten auf zehn Jahre die Reparationszahlungen übernehmen und die Zahlungen der Zinsen der ihnen von den europäischen Staaten geschuldeten Summe funden.

Der Konflikt in Lausanne.

Lausanne, 8. Januar. Das ostentative Verhalten der letzten Sitzung der Winderheiten-Kommission durch den türkischen Delegierten Niza Nuri Bey hat die Mächte veranlaßt, eine Note an Ismed Pascha zu senden, in der sie um Aufschub über dieses Verhalten bitten.

Ismed Pascha erklärt, daß er das Verhalten des türkischen Ministers Niza Nuri Bey vollständig billigt und durch seine Autorität decken müsse. Nach vor ihrer Ankunft in Lausanne habe die türkische Delegation die Großmächte verständigt, daß sie von einer armenischen Heimstätte nichts wissen wollen; diese Frage gelte daher nicht in das Programm der Konferenz. Die Großmächte hätten die Armenier gegen die Türkei aufgehetzt und fühlten sich jetzt moralisch verpflichtet, etwas für die Armenier zu tun. Aber das gelte die Türkei nicht das Gegenstand. Die Großmächte hätten freie Hand, den Armeniern auf ihrem eigenen Territorium eine Heimstätte zu geben. Für die Türkei sei die Frage erledigt. Minister Niza Nuri Bey sei deshalb durchaus berechtigt gewesen, den Saal zu verlassen, und wenn überhaupt irgend jemand ein Wortwort gemacht werden könne, dann nur ausschließlich den Großmächten selbst.

Trotz diesem scharfem Ton Ismed Paschas herrscht in Lausanne auf englischer Seite merkwürdiger Optimismus. Dies erklärt sich vielleicht daraus, daß die wichtigste Frage, das Mossioprogramm jetzt in London geregelt werden soll. Die Türken haben seit einigen Tagen abgesehen wollen, daß sie von irgendwelchen Verhandlungen in London etwas wüßten, aber heute gehen sie ein, daß der türkische Sachverständige Ahmed Nuhdar Bey in London eingetroffen ist und an den Beratungen über die Mossioprogramm teilnimmt. Die Franzosen haben es verstanden, durch den Abbruch der Pariser Konferenz sämtliche anderen Delegationen gegen sich aufzubringen. Die Russen werden wegen ihrer Völker-Friedenspolitik jetzt vielfach unterdrückt. Man hört deshalb, daß Barreere dringen um neue Instruktionen gebeten hat. Er soll vorgeschlagen haben, daß Frankreich in der Meerengenfrage den Türken entgegenkommt, im übrigen aber den englischen Standpunkt teilt soll.

Mißglückter Flußveruch des Rauhenaenderers Lehm.

Küln, 9. Januar. Wie das „Nacht-Abendblatt“ meldet, hat der Mathematikprofessor Lehm gemeinsam mit einem früheren Fließrohrführer Schauer einen Flußveruch aus der Siedehaus-Siedehaus gemacht, der im letzten Augenblick durch ein Versehen wurde, daß andere Inhaberte, der Strafanstalt, denen Lehm unvorsichtigerweise Mitteilungen gemacht hatte, die Vorhaben verriet. Die von der Strafanstalt eingeleiteten Ermittlungen führten zur Verhaftung von zwei Gefängnisinsassen, die nach befristet erlassen. Von Berliner zentraler Stelle wird demselben Blatte mitgeteilt, daß über einen mißglückten Flußveruch Lehm sich bekannt sei. Nichts ist nur, daß Lehm tatsächlich sich in der Strafanstalt in Sonnenburg befindet.

Die Dynamitdynamik in Halle.

Zu den Beschäftigten in der Sprengstofffabrik wird am 10. nach folgendem mitgeteilt: Bisher sind elf junge Leute im Alter von 18 bis 22 Jahren verhaftet. Ihr Vorgesetzter ist der 28jährige Emil Werner, ein junger Mann, der im Jahre 1921 hier in den Kämpfen in Mitteldeutschland beteiligt und dann nach Ausland floh. Dort trat er in die Rote Armee ein, bekam ein Kommando in Oeffsa und lernte in Moskau Sprengungen vornehmen. Als er an Typhus erkrankte, kehrte er nach Deutschland zurück und wählte sich der Jugendorganisation im anarchofischen Sinne. Er gibt an, die Sprengstoffwerke hätten nur dazu dienen sollen, die politische Erregung in Halle auszuheben zu freigen, um so dem politischen Ziel der Anarchisten, dem Chaos, näher zu kommen. Man habe auch Sprengstoffanlagen gegen das Gebäude des halleschen Polizeipräsidiums und gegen die Kasernen geplant. Die Vande besch in Halle drei Sprengstofflager. Das dritte Sprengstofflager, das 1 1/2 Zentner Dynamit enthält, war so gefestigt, daß beim Öffnen die Explosion erfolgen mußte. Ein Feuerwecker, der von der Polizei beauftragt war, konnte den Zünder verflüchtigen, so daß ein Unfall verhindert wurde.

Aus Stadt und Umgebung

Die neuen Postgebühren.

Einführung des 25-Gr.-Briefes wird erzwogen. Reichsrat und Reichstagsauschuss für Postangelegenheiten beschäftigten sich mit den neuen Gebührenerhöhungen bei den Reichspost- und Telegraphenverwaltung, die am 15. Januar in Kraft treten sollen. Im allgemeinen wurde von der Reichspostverwaltung eine Verdoppelung der vom 15. Dezember 1922 an gültigen Gebühren verlangt. Die von der Reichspostverwaltung vorgeschlagenen Postveränderungen, deren Hauptziele folgen, wurden nach längerer Aussprache sowohl vom Reichsrat wie von Ausschuss genehmigt. Angenommen wurde außerdem eine Entschärfung, wonach die Reichspostverwaltung der Frage überhört werden, ob die untere Gewichtsklasse für Briefe bis zu 25 Gramm anstatt nur bis 20 Gramm angesetzt werden kann. Die Post für die Postkarte beträgt vom 1. 23. ab; im Ortsverkehr 10 M., im Fernverkehr 25 M.; für den Brief: im Ortsverkehr bis 20 g 20 M., über 20 bis 100 g 30 M., über 100 bis 250 G. 50 M., im Fernverkehr bis 20 G. 50 M., über 20 bis 100 G. 70 M., über 100 bis 250 G. 90 M.

Die Drucke folien bis 25 Gr. 10 M., über 25 bis 50 Gr. 20 M., über 50 bis 100 Gr. 30 M., über 100 bis 250 Gr. 50 M., über 250 bis 500 Gr. 70 M., über 500 bis 1 Kg. 90 M., über 1 Kg. bis 2 Kg. 180 M.

Die Gebühr für das neueinjährige 3-Kg.-Paket beträgt in der Postzone 200 M., in der Fernzone 400 M., über 3 bis 5 Kg. in der Postzone 250 M., in der Fernzone 500 M., über 5 bis 6 Kg. in der Postzone 350 M., in der Fernzone 700 M., über 6 bis 7 Kg. in der Postzone 400 M., in der Fernzone 800 M., über 7 bis 8 Kg. in der Postzone 450 M., in der Fernzone 900 M., über 8 bis 9 Kg. in der Postzone 500 M., in der Fernzone 1000 M., über 9 bis 10 Kg. in der Postzone 550 M., in der Fernzone 1100 M., über 10 bis 11 Kg. in der Postzone 600 M., in der Fernzone 1200 M., über 11 bis 12 Kg. in der Postzone 750 M., in der Fernzone 1500 M. usw.

Die Not der Presse.

Der Wirtschaftsverband Sachsen-Anhalt ruft auf zur Unterstützung der Presse. Er weist auf die hohe Bedeutung der Presse für die Allgemeinheit hin und fordert auf durch Aufrechterhaltung des Bezuges und durch Zuwendung von Druck- und Anzeigenaufträgen die Zeitung zu unterstützen.

Der Verein für Heimatkunde

bedenkt am 24. Januar 1923 einen „bunten Abend“ zu veranstalten, dessen Ertrag hiesigen hilfsbedürftigen Mitbürgern zu gute kommen soll. Instrumental- und Gesangsbeiträge, Regitationen sowie Theater, von hiesigen Künstlern gegeben, werden den Abend zu einer abwechslungsreichen gefüllt, wobei dessen Besuch sehr empfohlen werden kann. Näheres wird noch bekannt gegeben. Karten sind zu haben in der Buchhandlung von Pösch.

Die erste Feuerwehrtung mit dem neuen Motorpumpen

findet am Sonntag, dem 14. Januar vormittag 11 Uhr auf dem Marktplatz am Rathaus statt. Unsere Bürgerwehr wird sich gewiß gern beteiligen, daß wir durch die neue Motorpumpen eine wertvolle Bereicherung der städtischen Feuerwehrtung erhalten haben.

Grün wird blau.

Die Lage der grünen Polizei dürfte gestützt sein; die internationale Kommission hat Wunsch an dem grünen Red des Schumanns genommen, der nach ihrer Ansicht aufzugeben den verlassenen folgen kann. Im Schritt wird sich die neue Uniform wenig von der heutigen unterscheiden, das Grundrot soll blau meliert sein, der Stragen an seinem Aufschlag einen Spiegel von hellblauem Tuch erhalten, auf dem die Dienabzeichen angebracht werden sollen. Die Schalterleuchte sollen wegfallen. Der Mantel soll ebenfalls blau und zweifarbig sein, der Stragen aus etwas hellerem Stoff. Zum Mantel tritt ein imprägnierter Umhang, Mütze blau, Besatzwerk hellblau, Hohe schwarz; die Stiefel- und Gamaschenfarbe ist noch nicht gefast.

Größterwagen für den Kaiserverkehr der Eisenbahn.

Dem Vorstöße der Vereinigten Staaten gefolgt, werden auf der deutschen Reichsbahn in nächster Zeit Großwagen wegen für den Kaiserverkehr mit 50 Tonnen Ladegewicht angekauft, die mit Selbstentladungsvorrichtung, selbstentladungsfähig, wie auch verfahrtsfähig mit Wuppertal-Tupplung versehen sind. Die Verwendung dieser großen Güterwagen wird wegen des höheren Wadens eine Nachprüfung und etwaige Verfertigung des Schienenbereichs und der Weichen im Gefolge haben. Die Verfertigung dieser Wagen zur Erhöhung des Wirtschaftlichkeits des Eisenbahnverkehrs wesentlich beitragen.

Reichsanwalts- und Notariatsangestellte.

In den Kreisen der Reichsanwalts- und Notariatsangestellten wird lebhaft der Überlegung ihres Verbandsverbandes befaßt, der nach 26-jährigem Bestehen durch die Ziellosigkeit seiner Führer in einer sozialistischen Gewerkschaft untergegangen ist. Diese Angestelltengruppe ist nicht sozialistisch gestimmt und will sich deshalb auch nicht in jenen Verband anschließen lassen. Eine solche Entscheidung geht daher zu der nationalen Gewerkschaftsgruppe, dem Gewerksverband deutscher Angestelltenvereinigungen, mit dem die Angestellten sozialistisch schon zusammen gearbeitet haben und der ihnen auch gegen seiner scharfen Betonung des Berufsgeheimnisses steht.

Die Angestelltenvereinigungen hat der Gesamtverband der deutschen Angestelltenvereinigungen keine Geschäftsstelle Sand 1 und ist telefonisch unter Nr. 146 zu erreichen.

Er gibt ein Nachrichtenblatt heraus, das interessantes Streiflichter auf die jüngsten Verhandlungen in Leipzig bringt, die zum Untergang des Berufsverbandes führten.

Evangelische Reichsvereinigungen.

Der Reichsverband evangelischer Eltern- und Volksbünde (Reichsverband) veranstaltet vom 14. bis 21. Januar eine Erziehungswode, die der Vertiefung des evangelischen Erziehungsgedankens in der Elternschaft, der Vertiefung der evangelischen Schularbeit und der Klärung der Verhältnisse für endliche reichsweite Regelung der immer unerträglicher werdenden Schulverhältnisse dienen soll. Erziehungswodesdienste in allen Kirchen, öffentliche Veranstaltungen und Vorträge sind zu diesem Zwecke in Aussicht genommen.

Zimmer wieder „rote Schule“.

Mit Widerstreben müssen wir Platz nehmen von sich selber abweisend immer häufiger wiederholenden Ausschreitungen, die sich halbesche Polizeigewaltigkeit, letztlich auch einer Minderheit des hiesigen Regierungspräsidenten, erlaubt haben durch Veranlassung von nächtlichen Überfällen und Behinderung der zuständigen Polizeibehörden an der Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflicht. Betrunkene Geschädigten aus Mangel der Öffentlichkeit zu ziehen, betrachten die im allgemeinen nicht als die ethische Maßgabe der Presse. Aber hier handelt es sich um eine so große Minderheit der Staatsbürgerlichen und Beamtenpflichten, um eine so schwere Verletzung der Staatsautorität durch ihre besessenen Träger, sowie außerdem auch um Beeinträchtigung der Amtsehrwürde, daß wir die Forderung an die vorgelegte Behörde richten müssen, hier unversöhnlich durch schärfste Ausnützung völlig ungeeigneter, direkt fahrlässiger Elemente Ordnung zu schaffen. Und wenn die Landesbehörde verlegen sollte, wo wäre es Pflicht der Reichsregierung, hier einzuschreiten, um die Staatsoberhöchlichkeit zu sichern. Die Verantwortung für die Verhältnisse, die durch die Verletzung der Staatsbedrohung von oben, so daß es kein Wunder ist, wenn die Bedrohung durch subversive Elemente hier in Mitteldeutschland immer bedenklichere Formen annimmt.

Verammlungen und Verammlungen.

Der Kreis- und Grundbesitzerverein hält am Mittwoch im Zwölf keine ordentliche Generalversammlung ab. Die Beschlüsse des Kreisverbandes sind am Freitag im Bennauer eine Sitzung.



Bekanntmachung.

Betr.: Neubewertung der Natural- und Sachbezüge für den Steuerabzug und Neubewertung der Deputate der Landarbeiter.

Gemäß § 2 Abs. 1 der Durchführungsvorschriften zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn ist vom Landesfinanzamt Magdeburg der Wert der Natural- und Sachbezüge sowie der Deputate der Landarbeiter für die Bemessung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn hiermit nach vorliegenden Berechnungen mit den Berufsvertretungen für den Bezirk des Landesfinanzamts Magdeburg einseitig

vom 1. Januar 1923 ab rückwirkend

bis auf weiteres folgendermaßen festgelegt:

I. Wert der freien Stallotz, Bekleidung einseil. freie Wohnung nebst Heizung und Beleuchtung:

II. Bei teilweiser Genüßung der unter I bezeichneten Bezüge ist zu rechnen:

Gruppe	a) für Befügigung				b) für Wohnung				c) für Heizung und Beleuchtung							
	Tag	Woche	Monat	Jahr	Tag	Woche	Monat	Jahr	Tag	Woche	Monat	Jahr				
I. Angehörige in leitender und gehobener Stellung, z. B. Inspektoren, Geschäftsführer, Betriebsbeamte, Werkmeister, Büroangestellte, die nicht mit niedrigeren oder mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden, Affilierten in Apotheken und Apotheker, Praktikanten, Lehrer und Erzieher, Rinnen- und Erziehermittler, Hausdamen und Gesellschaftsdamen, Stützen und Haushälterinnen, letzten drei mit Aufstiegsbezug über Untergruppe:	500	3500	15000	180000	460	3320	13900	165600	10	70	300	3600	30	210	900	10800
II. Männliche Diensthöten, männliche und weibliche Gewerbegehilfen, Gesellen und Arbeiter:	400	2800	12000	144000	380	2660	11400	136800	4	28	120	1440	16	112	480	5760
III. Weibliche Diensthöten u. Hausangehörige, Krankenpflegerinnen, männliche und weibliche Lehrlinge aller Art soweit sie nicht unter I und II fallen, Waisfrauen, Aufwärterinnen und Näherinnen:	300	2100	9000	108000	290	2030	8700	104400	2	14	60	720	8	56	240	2880

Anmerkung: Bei teilweiser Befügigung ist zu rechnen bei Gruppe III für den Tag: für Frühstück 30 M., für Brot 30 M., für Mittag 120 M., für Abendbrot 30 M., für Abendbrot 80 M. Der Wert der sonstigen Sachbezüge wird von Fall zu Fall festgelegt.

Die Bewertung der den Vergangenen gewährten freien Werkwohnungen hat nach den örtlichen Preisen zu erfolgen. Die den Vergangenen zur Verfügung gestellte freie Wohnung ist nur dann mit dem Betrage des einbehaltenen Wohnungszuschusses anzunehmen, wenn dieser sich mit dem Mietwert der freien Wohnung deckt. Wenn dagegen der Mietwert der freien Wohnung höher ist als der einbehaltenen Wohnungszuschuss, ist der örtliche Mietwert anzusetzen.

Der Wert der Deputatkosten ist vom 1. Januar 1923 ab für die Bemessung des Steuerabzuges nicht mehr der Großhandelspreis, sondern der Großhandelspreis abzüglich 25% zu Grunde zu legen.

Als Großhandelspreis gelten hierbei diejenigen Preise, welche jeweils von der Aktiengesellschaft Reichsstoffenverband in Berlin als Brennholzverkaufspreise einseil. Kohlen- und Umjagsteuer im Deutschen Reichsanzeiger bekannt gegeben werden.

Deputate der Landarbeiter für den Steuerabzug. Gültig vom 1. Januar 1923 ab.

a. Wohnung	500,—	f. 1 Pferdepaarspannunde	500,—
b. Deputatland je Morgen	20 000,—	g. 1 Ochsenpaarspannunde	400,—
c. Getreide je Zentner	10 000,—	h. Wolkmilch je Liter	100,—
d. Hülsenfrüchte je Zentner	20 000,—	i. Wagemilch je Liter	50,—
e. Kartoffeln je Zentner	450,—	k. Schwein je Zentner Lebendgewicht	40 000,—

Magdeburg, den 3. Januar 1923.

Der Präsident des Landesfinanzamts.

Schwarz.

Invalidenversicherung.

Die Versicherungsämter für die Stadt und den Landkreis Merseburg haben beschlossen, daß in ihrem Bezirk die vom Landesfinanzamt in Magdeburg jeweils für den Steuerabzug festgesetzten Sätze des Werts der Natural- und Sachbezüge auch für die Sozialversicherung Geltung haben.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab hat nun das Landesfinanzamt Magdeburg den Wert der freien Stallotz (Bekleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) für

a) männliche Diensthöten, männliche und weibliche Gewerbegehilfen, Gesellen und Arbeiter auf jährlich 141000 M.

b) weibliche Diensthöten und Hausangehörige, männliche und weibliche Lehrlinge aller Art auf jährlich 10800 M.

festgelegt.

Bis auf Weiteres sind mithin diese Wertsätze in der Stadt und im Landkreis Merseburg für die Berechnung der Beitragsätze in der Invalidenversicherung maßgebend, jedoch beispielsweise die vorstehend unter a) aufgeführten Personen, deren Verloren haben freien Unterhalt bis zu 8000 M. monatlich neben, in der 8. Lohnklasse (14400) bis 21600 M. Jahresarbeitverdienst) mit einem Wochenbeitrag von 110 M.

Die unter b) Begünstigten, deren Verloren 3000 M. monatlich nicht übersteigt, in der 7. Lohnklasse (10800) bis 14400 M. Jahresarbeitverdienst) mit einem Wochenbeitrag von 85 M. zu verzeichnen sind.

Für unabhängig Beschäftigte gilt als Jahresarbeitverdienst nach wie vor das Bruttoverdienst des vom Oberversicherungsamt Merseburg festgesetzten Ortslohns. Zur Zeit beträgt dieser für

Alter	männliche Verloren	weibliche Verloren
über 21 Jahre	240 M.	180 M.
von 16—21 Jahren	190 M.	130 M.
von 14—16 Jahren	130 M.	100 M.

Siemens hat kürzlich für Waisfrauen, Näherinnen und dergl., gleichviel welchen Alters, die einem Jahresarbeitverdienst von 28800 bis 50400 M. entsprechenden Beitragsmarken der 4. Lohnklasse (40 M. wöchentlich) zu verwenden.

Kontrollstelle Merseburg der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

Flügel } gebraucht
Pianos }
C. A. Klemm, Leipzig, Neumarkt 26, Fernr. 22 096.

Mittleres Grundstück in Merseburg

am liebsten mit freiverwendender Wohnung sofort zu kaufen gesucht.

Bermittler werden. Offerten unter N. N. 101 an die Expedition des Blattes.

Bekanntmachung.

Tagesordnung

für die am Freitag, den 12. Januar 1923, abends 7 Uhr in Lenas-Werk, Raum M 617 (Sitzungsraum) stattfindende Sitzung des Zweckverbandes ausführendes Komitee.

1. Entschädigung der Oberpostdirektion wegen eines beschlagnahmten Sacks.
2. Spritzenhaus Rosen; Pfisterung der Toreinfahrt und Anlage einer Saupfelle für Wagenreinigung.
3. Ankauf von Geräten für Reinigung des Seihenmagazins.
4. Festlegung der Grundstückspreise.
5. Feuerwerk von Seiten der Müllab.
6. Regelung des Arbeitsnachweises.
7. Straßenunterhaltung.
8. Baudarlehen.
9. Abschaffung des Christbaumverkaufs.
10. Anschaffung einer großen Zahl für den Zweckverbandshof.
11. Bericht über den Stand des Verwaltungsgebäudes (Kaufkauf).
12. Erhöhung der Gebühren beim Ergänzung nachstehender Bestimmungen:
 - a) Beschäftigungsordnung für den Zweckverband.
 - b) Urlaubslohn betr. die Benutzung der öffentlichen Wasserleitung des Zweckverbandes.
 - c) Gebührenordnung für die Benutzung des Seihenmagazins und für Jaanprüchmalen von Seidenträgern.
 - d) Ordnung betr. Erhebung von Verwaltungsgebühren beim Zweckverband.
13. Personalangelegenheiten.
14. Anträge und Wünsche.

Lenas-Werk, den 8. Januar 1923.
Der Vorsitzende des Zweckverbandes Lenas.
Cornel.

Vom Mittwoch, den 10. d. Mts. ab, steht wieder eine große Anzahl

allerbesten bayr. Zugmaschinen

bei mir zum Verkauf.

Simon Sacki,

Halle a. S., Delitzscherstr. 20

Telephon 3789.

Regulator

gut erhalten zu verkaufen. Angebote unter „Regulator“ an die Geschäftsst. dies. Bl.

Die Not der Presse

hat den Wirtschaftsverband Sachsen-Anhalt, in dem sich Handels-, Landwirtschafts-, Handwerkskammern und Verbände des Bergbaus, der Industrie, des Handels, des Verkehrs, der Landwirtschaft, des Handwerks und des Baugewerbes zusammengeschlossen haben, bereits zu dringenden Eingaben an die zuständigen Reichs- und Landesstellen veranlaßt. Wir bitten jedoch angesichts der hohen Bedeutung der Presse für die Allgemeinheit auch jeden einzelnen selbst nach Kräften zur Erhaltung der Presse beizutragen. Dies muß nicht nur geliehen durch

Aufrechterhaltung des Bezuges, sondern auch durch

Zumendung von Drucks- und Anzeigen-Aufträgen.

Wirtschaftsverband Sachsen-Anhalt.

Generaldirektor Dr. L. Hoffmann, Vorsitzender.

Dr. W. Hoffmann, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Zum Ausbau eines Geschäftstraumes

in bester Lage wird kapitalkräftiger Interessent gesucht. Lagerräume ev. vorhanden. Anfragen unter „Kontor“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Vertriebs- feldbahnlokomotiven

700 mm Spurweite gesucht. Preisangebote unter J. S. 14418 befördert Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Der ab 15. Dezember gültige Posttarif

ist übersichtlich auf Karton in unserer Geschäftsstelle zum Pr. ise von Mk. 20 erhältlich

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt.)

Sportverein von 1899 Merseburg (E. B.) Morgen, Mittwoch, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinsheim

Generalversammlung

Tagesordnung: 1. a. Neuwahlen, Bericht. Zahlreiches Erscheinen erforderlich. Der Vorstand.

D. H. V. Morgen Versammlung Reichskantler

Familien-Nachrichten Geboren, Verda, Ludwig, Tochter d. Alfred Ludke u. Fran. Weihenfels.

Verlobt, Maria Schneider m. Max Sieps, Schmeibis; Maria Franke m. Rud. Schneider, Schmeibis.

Gestorben, Franz Witzling, 37 J., Tollwig; Berta Biermann, Gröllwitz; Bihelmine Gottin, 71 Jahr, Elgers; Manfred Schindler, Elgers; Wilhelmine Hoffmann, Weihenfels.

Stadtheater Halle Mittwoch, nachm. 3.30 Uhr: Die Heim-Git das Christkind suchen ging. Mittwoch, abds. 7.30 Uhr: Der Kossak. Donnerstag, abds. 7.30 Uhr: Maria Stuart.

Klein Kunst-Druckerei
Neuer Schließapparat
Tafel, abends 8 Uhr
Sommer nachmittags 5 und abends 8 Uhr
Das große Fest-Programm
Quintette, Orchester, Kammer-Orchester
Jeden Freitag 7 Uhr
Tel. 292
Direktion: H. Ellsberger.

Haus- u. Grundbesitzer-Verein

e. V. Stadt u. Kreis Merseburg.

Mittwoch, den 10. Januar 1923, pünktlich abends 8 Uhr, im „Zivoli“

ordentliche General-Versammlung

Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Verein für Heimatkunde.

Bunter Abend

zum Besten unserer notleidenden alten Mitbürger

den 24. Januar, abends 7 1/2 Uhr.

Karten zu 100 und 80 Mk. in der Buchhandlung Pouch.

Achtung! Nie dagewesene Preise!

Nur Mittwoch, den 10. Januar, 9-4 in Merseburg, Hotel Goldene Sonne am Markt.

Kaufe alte Zahngelisse

auch zerbrochene Teile und einzelne Zahne. Zahle pro Zahn bis 800 M. Knochenzahne die Hälfte, wenn verwendbar.

Ganze Gebisse bis 22000 M.

Bei Ankauf vergütete Fahrgeld! Georg Gänsslen, Berlin.

Achtung! Achtung!

Die Tatsachen beweisen es!

Höchste Tagespreise werden erzielt für

Eisen . . . per Kilo 70 Mk.
Lumpen . . . per Kilo 60 Mk.
Knochen . . . per Kilo 50 Mk.

Höchste Preise für Metalle Papier

M. Stange, Ritterstr. 22

558 Telephon 558
Ab 15. Januar Ankaufstelle verlegt nach Bismarckstr. 11. Eigenes Grundstück

Achtung! Achtung!

Suche Salon-Flügel

gegen Piano und entpr. Aufgeld. Dr. Guer, Neu-Röhen Uferstraße 5.

Suche Chaiselongue

gegen rotes Nisch-Sofa und entpr. Aufgeld zu tauschen. Offerten erbeten unter „Chaiselongue“ an die Exped. d. Bl.

Werkzeug-Verkauf

Werkzeug-Verkauf, Georg 10, Markt, Jodettes, Post, Arbeit, f. alle Beruf. Verloren a. Wiedererwerb u. Verloren. Verloren a. Wiedererwerb u. Verloren. Verloren a. Wiedererwerb u. Verloren.

Werkzeug-Verkauf

Werkzeug-Verkauf, Georg 10, Markt, Jodettes, Post, Arbeit, f. alle Beruf. Verloren a. Wiedererwerb u. Verloren. Verloren a. Wiedererwerb u. Verloren.

Beilage zu Nr. 7 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 9. Januar 1923

Die Sitzung der Stadtverordneten.

Man kann nicht gerade sagen, daß die erste Sitzung unseres Stadtparlaments im neuen Jahre von überragender Bedeutung gewesen wäre. Ist man es sonst von anderen Städten gewohnt, daß bei Wahlen- und Kommunalwahlen die Räte aller Stadtdörfer ihre Befugung finden, so mußte man im Gegensatz hierzu gestern im Stadtverordnetenversammlungssaal eine ziemlich laubete Konstatieren. Punkt 6 Uhr war eigentlich noch niemand im Saal, erst 6 e. l. füllte sich ganz allmählich der Raum, ohne daß allerdings hier und dort Klagen geschlossen wurden; allein der Magistratsrat war vollzählig. Die elf Punkte der Tagesordnung hätten in gut einer halben Stunde ihre Erledigung finden können; aber man hatte es gar nicht eilig. Schon bei der Vorlesung, deren Ergebnis man sich an den fünf Fingern abzählen konnte, vermochte sich keine Partei zu dem erlösenden Wort zu entschließen, die Wahl durch Affirmation vornehmen zu wollen; man schrieb eben Jettel oder auch nicht, wie es die Herren Kommunisten taten, die weißes Papier in die Hufe legten. Dann aber wurde man geistig und wählte alles andere durch Zuruf. Der Rest der Tagesordnung brachte das alte Weib von der ewigen Erhöhung irgendwelcher städtischen Einnahmen; sein Klang wird wohl auch im neuen Jahr ohne Unterbrechung fortzuehen. Bei der Festsetzung des Wasserpreises hatte Herr Koenen ein und beschwor eine feine Debatte herauf, die erst das Oberhaupt der Stadt durch einen Vermittlungsvorschlag zu schließen wußte. Und als man dann auf eine Anfrage hin über die neue Aufbauschule und bei dieser Gelegenheit auch von dem elektrischen Licht im Seminar sprach, wollte es die Fäden des Geschehens, daß dieses seinen Schein verband und man auf kurze Zeit bei einem Vorschlagsproposium des Seminarleiters weiter lagte. Dann war es wieder hell und wieder dunkel, gerade als die öffentliche Sitzung geschlossen war, was den wenig schmelzhaften Zuruf hervorbrachte: „Acht wenn die Bürger gehen, ist das Licht verdimmben!“

Stadtverordnetenvorsteher Junker eröffnet mit den besten Neujahrswünschen die erste Sitzung des Jahres 1923 und nimmt Berathung auf die schweren Entbehrungen hinweisen, die wir im vergangenen Jahr ertragen mußten und die wir in noch erhöhter Maße im neuen Jahr werden ertragen müssen. Er bedauert, daß unter solchen Umständen immer noch viele Kreise unseres Volke Ansprüche auf Eigenleben und Eigenbestimmung erheben, durch Ueberverleihen anderer diesen jeden Lebensmut nehmen. So ist es am Jahresanfang der besondere Wunsch aus dem Stadtparlament, daß diese Schichten unserer Bevölkerung den Weg zum Volk zurückfinden mögen!

Darauf tritt man in die eigentliche Tagesordnung ein. Die Wahl des Vorstehers ergibt die Wiederwahl des Stadtverordneten Junker (Dem.) und als Stellvertreter Daniel (S.S.P.). Durch Zuruf werden die Schriftführer Kirchner und als Stellvertreter Stadtd. Götzm. (Dem.) wiedergewählt.

Punkt 2-4 bringt die Wiederwahl der Mitglieder der Wahlkommission, der Haushaltskommission und der Rechnungsprüfungskommission. Unter 5 wählt man Herrn Kaufmann Trommer zum Armenbezirksvorsteher, den Stadtd. Wolf (S.S.P.) in die Deputation der städtischen Werke und den Herrmann Müller zum Mitglied des Reichseinkommensteueraususses.

Die Schulsechschule für das Gymnasium ab 1. Januar 1923 auf 10000 Mark für Einheimische und 12000 Mark für auswärtige SchülerInnen sowie für die Mittelschule auf 4800 Mark bezug. 6000 Mark wird gemäß der Magistratsvorlage beschlossen. (Vertikaler Stadtd. Heilmann (Dem.).)

Die Miete in den städtischen Häusern auf dem Ackerplan wird mit Wirkung vom 1. April 1923 von 26 Mark pro Quadratmeter auf 100 Mark festgesetzt; die Veranlagung stimmt diesem Magistratsvorschlag nach kurzer Debatte zu. (Vertikaler Stadtd. Wild (Zn.).)

Nicht ganz so schnell geht es bei Punkt 9 der Tagesordnung, die eine Gegenüberstellung der neuen Verwaltungsgebäude bringt. Stadtd. Daniel (S.S.P.) hat als Berichterstatter mancherlei Mängel und Unklarheiten zu beanstanden, die aber vom Magistratsrat schließlich gestillt und beseitigt werden. Mit einer geringfügigen Aenderung gibt man dann der Vorlage seine Zustimmung.

Das bisher im Städtischen untergebrachte städtische veterinär bakteriologische Laboratorium wird in den Räumen des städtischen Fleischbeschauamtes untergebracht, wenn die Regierung die durch die baulichen Veränderungen entstehenden Kosten übernimmt und an die Stadt eine entsprechende Miete für die Räume zahlt. Auf Antrag des Berichterstatters Kirchner (S.S.P.) wird die Vorlage debattelos genehmigt.

Ueber die anderweite Festsetzung des Wasserpreises berichtet Stadtd. Koenen (S.S.P.) unter Punkt 11 der Tagesordnung. Dem Vorschlag auf 60 Mark je Kubikmeter (bisher 16 Mark) mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober stimmt man allgemein zu, der Forderung des Magistrats aber, künftig selbständig mit der Werkdeputation jenseits den Betrag festzusetzen, stellt die kommunistische Partei hartnäckigen Widerstand entgegen. Sie will diesen letzteren Punkte nur zustimmen, wenn künftig eine Festsetzung des Wasserpreises in Wasser für gewerbliche Zwecke, für Zwecke (b) und für sanitäre Zwecke gemacht wird. Mit Recht werden diesem Vorschlag technische Schwierigkeiten entgegengehalten, die jeden Vorteil dieser Festsetzung aufheben würden. Schließlich wird auf Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters dieser zweite Punkt der Magistratsvorlage an diesen zu weiterer Beratung mit der Werkdeputation zurückverwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft; doch gibt eine Anfrage des Stadtverordnetenvorstehers Junker über eine künftige Besprechung des Magistrats mit dem Provinzialschulkollegium Oberbürgermeister Herr von Geselegensheim, eingehend über den Plan der Aufbauschule am heutigen Seminar zu sprechen. Der Staat hat von der Stadt Merseburg verlangt, sämtliche Kosten für die Errichtung und sogar Erhaltung der geplanten Aufbauschule zu übernehmen, also nicht nur die baulichen Veränderungen und Neu-

anschaffungen, sondern auch Heizung (b), Licht und sogar Telefon. Der Magistrat stellt sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß der Staat ebenso wie er das Recht in Anspruch nehme, daß die Industrie die Hauptlast der Reparationszahlungen leiste, auch dafür Sorge tragen müsse, daß die durch die industrielle Entwicklung in unserer Umgebung entstehende Bildungsbedürfnisse befriedigt werde. Das Ergebnis der Besprechung mit den Vertretern des Provinzialschulkollegium ist ein Vertragsentwurf gewesen, demnach sich die Stadt allein zur Uebergabe des Gebäudes verpflichtet, mehr aber zur Zeit nicht für die Errichtung der Aufbauschule zu tun kann. Ein einstimmiges Vertrauensvotum im Anschluß an dieses Referat des Oberbürgermeisters stützt den Magistrat für die Zukunft den Rufen zu den weiteren Verhandlungen, deren Endergebnis ja leider wahrscheinlich die Unmöglichkeit der Errichtung der Aufbauschule sein wird. Damit wird die öffentliche Sitzung um 9/9 Uhr geschlossen. Anschließend geheime Sitzung.

Politische Rundschau

Die neue Feuerungsaktion. Sonnabend nachmittag sind die Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeitergewerkschaften zusammengetreten, um sich über die Gehalts- und Lohnforderungen, die in der kommenden Woche der Regierung unterbreitet werden sollen, schlüssig zu werden. Montag wird dann im Reichsfinanzministerium zunächst über die Arbeiterseite, am Dienstag, falls die Verhandlungen ohne Zwischenfall vorantreiben gehen, über die Beamtengehälter verhandelt werden.

Die Sachstofflieferungen für Amerika. Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, hat die Reparationskommission beschlossen, den im Friedensvertrag für Amerika bestimmten Prozentsatz, Anteil an den deutschen Sachstofflieferungen unter Frankreich, England, Belgien und Italien aufzuheben, weil die amerikanische Regierung es unterlassen habe, ein Ergänzungs zur Uebernahme der Lieferungen namhaft zu machen. Wie das Blatt schreibt, haben die Sachstofflieferungen im vergangenen Jahr einem Wert von annähernd 360 Millionen Dollar gehabt, der sich in diesem Jahr noch erhöhen soll.

Nach der Staatsanwalt legt Revision im Harden-Prozess ein. Im Prozesse gegen die Attentäter auf Maximilian Harden, Weizsäcker und Grewer, hat nicht nur H. A. Frick (Stichtag als Rechtsbeistand des Verteidigers Maximilian Harden, sondern nunmehr auch der Oberstaatsanwalt Schneider gegen den Spruch der Geschworenen des Landgerichts 3 Revision beim Reichsgericht eingelegt. Rechtsanwalt Griesbach wird im wesentlichen seine Revision darauf stützen, daß die Geschworenen sich mit den Verteidigern während der Verhandlungen über den Ausgang des Prozesses beraten haben.

Unterverzicht des schlesischen Wohnboden. Breslau, 6. Januar. Wie die Wohnbodenbehörde amtlich mitteilt, hat der zum schlesischen Wohnboden ernannte bisherige Wohnboden von Polen, Dr. Gelschtowski, auf sein ihm zugesprochenes Amt als Wohnboden von Obererschlesien verzichtet.



Der Dampfen-Verkehr.

Auf Grund des am 21. April in Paris unterzeichneten Abkommens zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland entscheidet über Streitfälle, die sich aus der Auslegung oder Ausführung des Abkommens ergeben, ein händiges internationales Schiedsgericht, das aus dem dänischen Generalkonsul Koch als Vorsitzenden und dem Oberregierungsrat Schmach als deutschem, dem Mitglied des polnischen Eisenbahnministeriums Motwa als polnischem und dem Oberregierungsrat Dr. Draeger als Danziger Schiedsrichter besteht.

Das Gericht tritt heute zu seiner ersten, konstituierenden Sitzung zusammen. Es handelt sich hierbei nicht um die Entscheidung eines Streitfalles, sondern um eine allgemeine Aussprache über das Abkommen und seine Auslegung, sowie um eine Vereinbarung der Geschäftsordnung und der Grundzüge, nach denen verfahren werden soll.

Turnen, Spiel und Sport

Sportverein 1922 Groß-Mahna gegen 98 Halle (Vigarrervere) 0:5.

(Eigener Bericht.)

Im Pokalspiel fanden sich am Sonntag obige Gegner gegenüber, erwartungsgemäß konnte 98 den Pokal ent-

führen. Gleich nach Anstoß ziehen die 98er vor des Gegners Heiligum und können nach 10 Minuten in Führung gehen. Mahna kommt wiederholt gut durch, kann aber mit keinem noch so gutgemeintem Schuß das Tor finden, die Stürmerreihe war der gegnerischen Hintermannschaft nicht gewachsen und konnte trotz allem Gifer keinen Erfolg für sich buchen. 98 konnte nach der Halbzeit noch besser gefallen und fandte in kurzen Zeiträumen noch dreimal ein, sich somit Sieg und Pokal sicher stellend. Die Hintermannschaft des Sportvereins 22 war auf ihrem Posten und verhinderte eine größere Niederlage. Traber war im Anfang etwas unsicher und hätte die ersten beiden Tore verhindern müssen. Das Spiel wurde sehr fair durchgeführt und war ein Wertspiel im besten Sinne. Schiedsrichter Henning (B.f.L.-Merseburg) entschied stets sicher und einwandfrei. (Erfolgsverhältnis 5:3 für 1922).

Die Saalekreisligen am vergangenen Sonntag.

Die schon lange vom skeptischen Beobachter erwarteten Hebererfahrungen in der Saalekreisligen, gab es gestern. Von den drei minuspunktgleich an der Spitze markierten Vereinen erlebte Raumburg in Halle bei Wader eine 0:1-Niederlage und Borussia konnte von Glück sagen, gegen die stark aufkommenden Sportfreunde mit einem 1:1-Unentschieden nur einen Punkt einzubüßen. Der ladende Dritte - Sportverein 98 konnte Favorit auch nur knapp 3:2

schlagen, während Preußen-Komet gegen B.f.L.-Merseburg mit 0:2 den kürzeren zog. — In der Kreisvorstandssitzung am Sonnabend wurden die Protokolle B.f.L.-Merseburg-Favorit (1:2), Borussia-Raumburg (1:2) und 98-B.f.L.-Merseburg (1:3) abgelesen; Raumburg dagegen gewann den Pokal gegen das verlorene Sportfreundeheil (1:2) und verließ dadurch trotz der gefürchten Niederlage mit 98 minuspunktgleich. Die Tabelle lautet:

Liga-Klasse	Spiele	Tore	Punkte		Tore	Pkte.
			gewonnen	unentschieden		
Sportverein 98-Halle	14	9	5	—	42:11	23 5
Raumburg 05	12	8	3	1	26:12	19 5
Borussia-Halle	12	8	2	2	30:8	18 6
Wader-Halle	12	7	2	3	27:13	16 8
B.f.L. Halle (96)	12	4	3	5	20:16	11 13
B.f.L. Merseburg	13	6	1	6	18:17	13 13
Sportfreunde-Halle	13	4	2	7	22:35	10 16
Favorit-Halle	13	2	3	8	18:33	7 19
Preußen-Komet-Halle	13	2	2	9	8:28	6 20
Sportv. Weissenfels	12	1	1	10	10:41	3 21

Der Silberstreifen des Freigrajen Gerhard Hennecke

von H. Klein-Moffell.

(51) Nachdruck verboten.

„Nach dem Gutachten des Herrn Gerichtsarztes“, fing er geschäftsmäßig an, „ist der Leberfall auf den Direktor der Wad- und Schließgesellschaft „Argus“, wie sich aus der Veränderung im Zustand der Wunde und des ausgelassenen Blutes ergibt, etwa zwischen drei und vier Uhr vor sich gegangen. Um diese Zeit schliefen Sie vermutlich?“

„Natürlich.“

„Können Sie um die angegebene Zeit vielleicht ein Geräusch gehört? Bitte, besinnen Sie sich recht genau. Es kommt doch vor, daß man aus irgendeinem Grunde im Schlafe aufwacht, aber wieder einschlief, ehe man der Störung völlig inne wird? Können Sie sich vielleicht eines solchen Vorgangs erinnern?“

„Theissen schüttelte unwillig den Kopf.“

„Wo befindet sich Ihr Schlafzimmer?“

Der Gefragte warf seine fette Hand nach der dunklen Schmalfseite des Bettes.

„Da hinaus.“

„Also doch noch über dem Bette?“

„Natürlich, ich wohne ja nicht im Nachbarhaus.“

Der Untersuchungsrichter hatte sich mit Geduld gewappnet.

„Der Vorgang ist vermutlich so“, sagte er, „daß Verge- lauf die Eindrehler überrascht hat, von diesen, im Begriff,

das Haus zu betreten, niedergeschlagen wurde, und daß die Täter dann flüchteten. Diese Verwüstung hier, das Anbohren des Geldschrankes und die Beseitigung des Hundes muß dem Leberfall also zeitlich vorausgegangen sein. Das kann unmöglich ohne Geräusch geschehen sein. Sie haben aber nichts gehört?“

„Ich glaube, Ihnen das schon gesagt zu haben.“

„Man sollte doch meinen, der Hund müßte einen Mordspettakel gemacht haben.“

Theissen stuzte plötzlich.

„Der Hund!“ sagte er. „Ja, der Hund! Das wird er auch getan haben. Oder es hat sich einer mit ihm angefreundet, ohne daß ich darum weiß. Das war sein härtester Fehler, weswegen ich ihn schon verkaufen wollte. Gehört habe ich indessen nichts. Mich könnte aber ein Kommenstschuß nicht aufwecken.“

Er war mit einem Male sehr redselig geworden, versiel aber gleich wieder in den alten Ton.

„Sie sagen, es könne sich einer mit ihm angefreundet haben“, fuhr der Richter fort. „Haben Sie vielleicht einen Verdacht?“

„Ich? Habe ich nicht schon gesagt, daß ich nichts weiß? Ich gehöre doch nicht zur Polizei. Ich bezahle meine Steuern —“

Der Richter unterbrach ihn durch eine ungeduldige Handbewegung.

„Noch eine Frage?“ wandte er sich an den Polizeikommissar.

„Wie wurden Sie denn überhaupt auf das Geschehene aufmerksam?“ fragte dieser.

Theissen maß ihn mit einem glitzigen Blick. Er schien zu überlegen, ob er den Leiter dieser Polizei, die überall zu

spät kam, überhaupt einer Antwort würdigen sollte. Aber dann bequeme er sich abfesselnd dazu.

„Meine Frau hörte das Rufen der beiden Arbeiter und weckte mich. Gleichzeitig klopfte auch meine Tochter an die Wand.“

„Hatten sich schon Zuschauer angesammelt, als Sie herunterkamen, oder waren die beiden Verletzten noch allein bei dem Verlegten?“

„Was kümmert denn das mich, wer da alles Maulaffen feilscht?“

„Ich frage ja nur“, entgegnete der Kommissar beinahe sanft, während er Theissen scharf ins Auge sah. „Waren die beiden allein oder hatte sich schon ein größerer Kreis gebildet?“

„Ich sah meinen Laden erbrochen und ging da hinein“, antwortet Theissen. „Daher hatte ich keine Gelegenheit, die Gaffer zu zählen.“

„Sie kümmerten sich gar nicht um den Verlegten?“

„Hätte ich ihm denn helfen können? Außerdem war das doch wohl nicht meine Sache. Mir ist das Hemd näher als der Tod.“

„Dann können Sie uns gewiß auch schon sagen, ob Sie beschuldigt worden sind und wie hoch Sie Ihren Verlust schätzen?“

„Auf wenigstens zehntausend Mark“, erwiderte Theissen ohne langes Besinnen.

„Ich habe keine weitere Frage zu stellen.“

(Fortsetzung folgt.)